

Blum, Johannes; Gründler, Klaus

Article

Politische Instabilität und Wirtschaftswachstum

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Blum, Johannes; Gründler, Klaus (2020) : Politische Instabilität und Wirtschaftswachstum, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 73, Iss. 08, pp. 41-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225163>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Johannes Blum und Klaus Gründler

Politische Instabilität und Wirtschaftswachstum*

In den vergangenen Jahren ist die politische Stabilität in vielen Ländern gesunken. Die gegenwärtigen Unruhen in den USA, ausgelöst durch den Tod des Afroamerikaners George Floyd bei einer gewaltsamen Festnahme in Minneapolis, sowie die Einflussnahme Chinas auf Hongkong und die damit verbundenen Protestbewegungen sind eindrucksvolle Beispiele. Proteste sind zumeist Ausdruck für Instabilitäten im politischen System und weisen auf Mängel der politischen Institutionen, schlechte Regierungsarbeit, Korruption und Machtmissbrauch hin. Aus ökonomischer Sicht stellt sich die Frage, welche wirtschaftlichen Folgen eine zunehmende politische Instabilität mit sich bringt. In einer neuen Studie untersuchen wir den Effekt politischer Instabilität auf das Wirtschaftswachstum (vgl. Blum und Gründler 2020). Hierfür wurden Daten von 180 Ländern, 2 660 subnationalen Gebietskörperschaften und rund 250 000 Haushalten über den Zeitraum 1950–2017 verwendet. Politische Instabilität wurde durch Coups d'état – Staatsstreichs oder Putschversuche – gemessen. Staatsstreichs spiegeln den politischen Zeitgeist wider, sind schwer zu antizipieren und stellen exogene Variation in politischer Instabilität dar. Auf subnationaler Ebene konnte der indirekte Effekt der politischen Instabilität von den häufig mit Staatsstreichs einhergehenden direkten Effekten politisch motivierter Gewalt getrennt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass Perioden politischer Instabilität die Wirtschaftsleistung eines Landes im entsprechenden Jahr um 2–3% verringern.

THEORETISCHE ARGUMENTE UND EMPIRISCHE UNTERSUCHUNGEN LIEFERN EIN GEMISCHTES BILD

Die Theorien über den Zusammenhang zwischen politischer Instabilität und Wirtschaftswachstum sind nicht eindeutig. Gemäß der traditionellen Sichtweise fördert politische Stabilität die Investitionstätigkeit (vgl. Alesina et al. 1996; Alesina und Perotti 1996) und somit das Wirtschaftswachstum. Andererseits kann politische Instabilität auch positive Wachstumseffekte auslösen, wenn beispielsweise Amtsinhaber unfähig oder unwillig sind, wachstumsfördernde Institutionen (z.B. Eigentumsrechte und eine unabhängige Justiz) und Politiken zu implementieren (vgl. Acemoglu und Robinson 2000). Ebenso sind Korruption und der Einfluss von Interessengruppen in

* Eine Kurzversion dieses Beitrags ist auf [ökonomenstimme.org](https://www.ifo.de/fo/pub/mon/stimme) erschienen.

IN KÜRZE

Die politische Stabilität hat in den vergangenen Jahren in vielen Ländern abgenommen. Eine neue Studie untersucht, welche realwirtschaftlichen Effekte sich durch die zunehmende Instabilität ergeben. Die Ergebnisse zeigen, dass politische Instabilität das Wirtschaftswachstum reduziert.

langlebigen Regimen oftmals höher (vgl. Olson 1982), was wiederum negative Wachstumseffekte auslöst (vgl. Gründler und Potrafke 2019). Empirische Studien über den Zusammenhang zwischen politischer Stabilität und Wirtschaftswachstum kommen ebenfalls zu unterschiedlichen Ergebnissen. Je nach Untersuchung ist der Wachstumseffekt politischer Instabilität negativ (vgl. Barro 1991; Alesina et al. 1996; Aisen und Veiga 2013), nicht nachweisbar (vgl. Sala-i-Martin 1997; Jong-A-Pin 2009) oder sogar positiv (vgl. Campos und Nugent 2003; Berggren et al. 2012). Auch der Blick auf einzelne Länder zeichnet ein heterogenes Bild. So ist die Wirtschaftsleistung in stabilen Demokratien zwar prinzipiell höher als in instabilen politischen Systemen. Jedoch weisen zahlreiche Länder, die der »Political Stability and Absence of Violence/Terrorism«-Index der Weltbank am unteren Ende der Verteilung führt (etwa China, Indonesien, Indien und Bangladesch), ein deutlich stärkeres Wachstum auf als politisch stabil geltende Länder wie etwa Deutschland oder Frankreich.

DEFINITION UND MESSUNG POLITISCHER INSTABILITÄT IST HAUPTPROBLEM BISHERIGER STUDIEN

Ein grundlegendes Problem vergangener empirischer Studien ist die Messung politischer Instabilität. Es existiert schlicht keine allgemeingültige Definition über die Attribute, die ein Land als stabil oder instabil einordnen lassen. Meist werden daher verschiedene Kenngrößen über politisch motivierte Gewalt (z.B. die im Rahmen von politischer Unterdrückung getöteten Personen) mit Daten zu Regierungswechseln kombiniert und zu Indikatoren aggregiert, die das Ausmaß der Instabilität widerspiegeln sollen. Dieses Vorgehen ist jedoch problematisch, da der Effekt von Instabilität nicht von anderen Faktoren, die

in die Indikatoren einfließen, getrennt werden kann. So ist bei Verwendung solcher Indizes unklar, ob die gemessenen Wachstumseffekte tatsächlich durch politische Instabilität ausgelöst werden oder vielmehr durch den direkten Effekt von Gewalt getrieben sind. Zudem sind Regierungswechsel und langandauernde Phasen von politischer Gewalt vorhersehbar und können daher nicht zur kausalen Identifizierung eines Effekts herangezogen werden. Hinzu kommt die Frage nach der Richtung des Effekts. Beeinflusst politische Instabilität tatsächlich das Wirtschaftswachstum, oder resultiert politische Instabilität aus einer ungünstigen Wirtschaftslage?

»COUPS D'ÉTAT« ALS ASPEKT UND AUSDRUCK POLITISCHER INSTABILITÄT

Um diese Endogenitätsprobleme zu lösen, eignen sich Staatsstrieche (und deren Versuche) als Ausdruck politischer Instabilität. Der Wachstumseffekt von Staatsstreichen wurde bisher kaum tiefgehender untersucht. Ein neuer Datensatz von Bjørnskov und Rode (2019) umfasst erfolgreiche und gescheiterte Staatsstrieche in 208 Ländern für den Zeitraum 1950–2018. Putschversuche haben für die empirische Analyse vorteilhafte Eigenschaften: Sie sind schwer vorhersagbar (vgl. Zolberg 1968; Bazzi und Blattman 2014; Gassebner et al. 2016), erübrigen die Auswahl einzelner Attribute zu politischer Instabilität und deren Aggregation zu einem schwer interpretierbaren Index, können relativ eindeutig definiert werden und ermöglichen es, den Effekt der politischen Instabilität von dem gewalttätiger Auseinandersetzungen zu trennen.

SCHÄTZVERFAHREN AUF LÄNDEREBENE UND DYNAMIK DER EFFEKTE

Für die empirische Analyse wurde ein Difference-in-Differences-Modell für Paneldaten verwendet, das den Effekt eines Staatsstreichs auf das BIP pro Kopf in Wachstumsraten schätzt. Um Endogenitätsproblemen im Sinne von Veränderungen der Wirtschaftsleistung im Vorfeld eines Staatsstreichs entgegenzutreten,

wurde zudem ein dynamisches Panelmodell (in logarithmierten Größen) geschätzt, das die wirtschaftliche Dynamik im Vorfeld eines Staatsstreiches modelliert. Beide Ansätze ergeben einen negativen und statistisch signifikanten Effekt von Staatsstreichen auf die Wirtschaftsleistung pro Kopf von 2–3 Prozentpunkten (für das Difference-in-Differences-Modell in Wachstumsraten) bzw. von 2–3% (für das dynamische Panelmodell in logarithmierten Werten). Der negative Wachstumseffekt tritt ein, sobald ein Staatsstreich in einem Jahr unternommen wurde – weitere Staatsstrieche haben keinen zusätzlichen Effekt. Dies unterstreicht die Interpretation von Staatsstreichen als Ausdruck politischer Instabilität. Ein politisch instabiles Umfeld bereitet den Nährboden für Putschversuche, wobei die Anzahl der Umsturzversuche von nachrangiger Bedeutung ist.

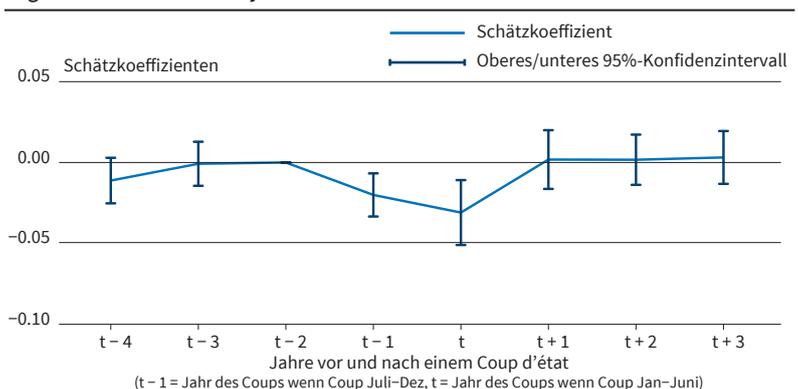
In zahlreichen weiteren Spezifikationen stellen sich die Ergebnisse als erstaunlich robust heraus. Veränderungen des Stichprobenumfangs, zahlreiche zusätzliche Kontrollvariablen, die Trennung von erfolgreichen und gescheiterten Putschversuchen, die Einbeziehung von politischen Institutionen, das Kontrollieren auf Regierungswechsel und Regimewechsel hin zu Demokratie oder Autokratie – all diese Tests und veränderten Spezifikationen lassen den statistisch signifikanten Effekt von 2–3 Prozent(-punkten) unberührt.

Um zu untersuchen, wie langfristig der Effekt wirkt, haben wir sogenannte *Event Studies* modelliert, die die Effekte für die einzelnen Jahre vor und nach dem Putschversuch schätzen. Mit *Event Studies* können wir zudem testen, inwiefern unsere Ergebnisse durch eine umgekehrte Kausalität beeinflusst sind. Die Ergebnisse für das Difference-in-Differences-Modell in Abbildung 1 legen nahe, dass der besagte negative Effekt maximal zwei Jahre andauert. Gleichzeitig stellt sich allerdings kein Nachholeffekt in den Folgejahren ein, der den entstandenen Wachstumseinbruch kompensieren kann. Politische Instabilität hat somit langanhaltende negative Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

ANALYSE VON FALLBEISPIELEN MITTELS SYNTHETISCHER KONTROLLGRUPPEN

Um auszuschließen, dass die Effekte von unbeobachteten Faktoren getrieben sind, die gleichzeitig Staatsstrieche und Wirtschaftsleistung beeinflussen, haben wir unsere Basismodelle in den nächsten Schritten erweitert. Zunächst haben wir länderspezifische Fallstudien betrachtet und durch die Schaffung synthetischer Zwillinge simuliert, auf welchem Wachstumspfad Länder mit Putschversuch ohne den Putschversuch gewesen wären. Abbildung 2 zeigt hier deutliche Unterschiede zwischen den realisierten Werten für das BIP pro Kopf im Anschluss an einen Putschversuch und den synthetischen Zwilling ohne Putschversuch. Insbesondere zeigt sich, dass das Wachstum im kon-

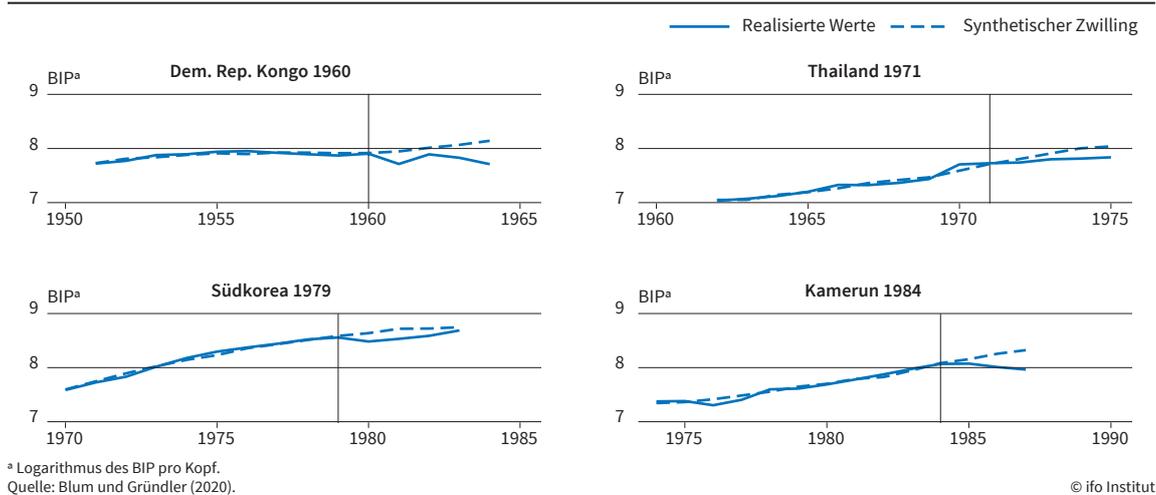
Abb. 1 Ergebnisse der Event Study für das Difference-in-Differences-Modell



Quelle: Blum und Gründler (2020). © ifo Institut

Abb. 2

Ausgewählte Fallbeispiele mit synthetischen Kontrollgruppen



^a Logarithmus des BIP pro Kopf. Quelle: Blum und Gründler (2020).

© ifo Institut

trafaktischen Fall ohne Putschversuch größer gewesen wäre als die tatsächlich realisierten Werte. Dieses Muster ist für zahlreiche Putschversuche erkennbar.

REGIONALE AUSBREITUNG VON STAATSTREICHEN ALS INSTRUMENTENVARIABLEN-ANSATZ

Im zweiten Schritt haben wir die geografische Verbreitung von Putschversuchen in unterschiedlichen Regionen der Welt als Instrumentenvariable für Putschversuche in der entsprechenden Region verwendet. Grundlage für diese Strategie ist die »Ansteckungshypothese« von Li und Thompson (1975). Die geografische und zeitliche Verbreitung von Coups d'état in den Regionen der Welt eignen sich als statistisches Instrument, da Staatsstrieche häufig in regionalen Clustern auftreten und den Zeitgeist der politischen Entwicklung eines Landes und einer Region widerspiegeln. Gleichzeitig und im Einklang mit der schweren Vorhersehbarkeit von Staatsstreichen gibt es keine Belege für eine kausale Ausbreitung von Coups d'état (vgl. Miller et al. 2018). Die Analyse mittels Instrumentenvariablen liefert ähnliche Ergebnisse wie im Hauptmodell, auch wenn für internationalen Handel und zwischenstaatliche Konflikte kontrolliert wird, die die *exclusion restriction* des Instruments verletzen könnten.

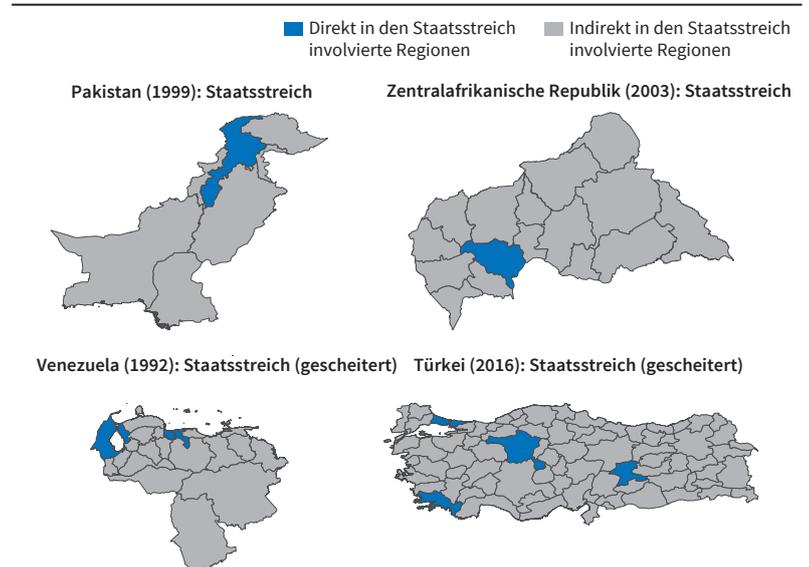
SCHÄTZUNGEN AUF SUBNATIONALER EBENE TRENNEN REGIONEN MIT UND OHNE PUTSCHAKTIVITÄTEN VONEINANDER

Im dritten Schritt haben wir jeden Putsch der Datenbank von Bjørnskov und Rode (2019) gesondert analysiert und seine Ausbreitung auf subnationaler Ebene unter Zuhilfenahme von Büchern, Pressenachrichten und wissenschaftlichen Artikeln kodiert. Diese Datenbank haben wir mit Daten zur Wirtschaftsleistung auf regionaler Ebene kombiniert. Auf regiona-

ler Ebene sind Daten zur Wirtschaftsleistung häufig nicht verfügbar und – gerade für Entwicklungsländer – zumeist nicht verlässlich. Aus diesem Grund haben wir die Wirtschaftsleistung über Satellitenbilder, die die nächtliche Beleuchtung auf der Welt aufzeichnen, approximiert. Die subnationale Perspektive erlaubt es, Regionen innerhalb eines Landes, die direkt in möglicherweise gewaltsame Putschaktivitäten verwickelt waren, von anderen Regionen zu unterscheiden, die von dem Putschversuch nur mittelbar durch die Zugehörigkeit zum entsprechenden Land betroffen waren. Abbildung 3 zeigt für ausgewählte Staatsstrieche, welche Perioden betroffen (in blau) bzw. nicht betroffen (in grau) waren. Messen wir negative Effekte von Staatsstreichen in den grauen Regionen, die nicht direkt Schauplatz von bewaffneten Auseinandersetzungen wurden, so deutet dies auf einen Effekt politischer

Abb. 3

Ausgewählte Länder nach Regionen mit und ohne direkte Verwicklung in Putschaktivitäten



Quelle: Blum und Gründler (2020).

© ifo Institut

Instabilität hin – und nicht auf einen direkten Einfluss gewaltsamer Auseinandersetzungen.

Die Ergebnisse für die Schätzungen unter Einbeziehung aller Regionen und für die Schätzung ohne Regionen, in denen Putschaktivitäten stattfanden, unterscheiden sich statistisch praktisch nicht von ihrer Wirkung auf die Wirtschaftsleistung und liefern ähnliche Ergebnisse wie auf Länderebene. Die subnationale Analyse unterstreicht somit, dass der Effekt von Putschversuchen auf die Wirtschaftsleistung tatsächlich politische Instabilität widerspiegelt und nicht durch politisch motivierte Gewalt und gewaltsame inländische Auseinandersetzungen getrieben ist.

ANALYSEN AUF HAUSHALTSEBENE ZEIGEN NEGATIVEN EFFEKT VON PUTSCHVERSUCHEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG

In einem letzten Schritt wurde mittels Daten aus dem *World Value Survey* untersucht, wie sich Putschversuche auf die Wohlfahrt und die Einstellungen von Haushalten auswirken. Die Ergebnisse für eine Viertelmillion Haushalte in 85 Ländern für den Zeitraum 1981–2016 zeigen, dass sich die finanzielle Situation der Haushalte in Jahren mit Putschversuchen signifikant verschlechtert und die Arbeitslosigkeit signifikant steigt. Der Effekt auf die Arbeitslosigkeit ist hierbei für Frauen deutlich stärker ausgeprägt als für Männer. Zudem beeinflussen Staatsstriche individuelle Einstellungen: Menschen, die einen Staatsstreich erlebt haben, haben signifikant schlechtere Zukunftserwartungen und eine geringere Präferenz für eine demokratische Regierungsform.

FAZIT: POLITISCHE INSTABILITÄT ALS WACHSTUMSHEMNNIS

Die empirischen Ergebnisse legen nahe, dass politische Instabilität ein reales Wachstumshemmnis ist. Vor dem Hintergrund der Proteste in den USA, der zunehmenden Einflussnahme Chinas auf Hongkong, populistischen Tendenzen und erschwerten Mehrheitsfindungen in weiten Teilen der westlichen Welt (siehe die Regierungsbildung in Thüringen im Februar 2020),

zeichnen die Ergebnisse ein recht düsteres Bild. Zu betonen ist, dass Staatsstriche mitunter das maximal mögliche Ausmaß politischer Instabilität widerspiegeln. Unsere Ergebnisse können vor diesem Hintergrund als Obergrenze interpretiert werden.

LITERATUR

- Acemoglu, D. und J. A. Robinson (2000), »Why Did the West Extend the Franchise? Democracy, Inequality, and Growth in a Historical Perspective«, *Quarterly Journal of Economics* 115(4), 1167–1199.
- Aisen, A. und F. J. Veiga (2013), »How Does Political Instability Affect Economic Growth?«, *European Journal of Political Economy* 29, 151–167.
- Alesina, A., S. Ozler, N. Roubini und P. Swagel (1996), »Political Instability and Economic Growth«, *Journal of Economic Growth* 1(2), 189–211.
- Alesina, A. und R. Perotti (1996), »Income Distribution, Political Instability, and Investment«, *European Economic Review* 40(6), 1203–1228.
- Barro, R. J. (1991), »Economic Growth in a Cross Section of Countries«, *Quarterly Journal of Economics* 106(2), 407–443.
- Bazzi, S. und C. Blattman (2014), »Economic Shocks and Conflict: Evidence from Commodity Prizes«, *American Economic Journal: Macroeconomics* 6(4), 1–38.
- Berggren, N., C. Bjørnskov und A. Bergh (2012), »The Growth Effects of Institutional Instability«, *Journal of Institutional Economics* 8(2), 187–224.
- Bjørnskov, C. und M. Rode (2019), »Regime Types and Regime Change: A New Dataset on Democracy, Coups, and Political Institutions«, *The Review of International Organizations*, im Erscheinen.
- Blum, J. und K. Gründler (2020), »Political Stability and Economic Prosperity: Are Coups Bad for Growth?«, CESifo Working Paper Nr. 8317.
- Campos, N. F. und J. B. Nugent (2003), »Aggregate Investment and Political Instability: An Econometric Investigation«, *Economica* 70(279), 553–549.
- Gassebner, M., J. Gutmann und S. Voigt (2016), »When to Expect a Coup d'État? An Extreme Bounds Analysis of Coup Determinants«, *Public Choice* 169(3–4), 293–313.
- Gründler, K. und N. Potrafke (2019), »Corruption and Economic Growth: New Empirical Evidence«, *European Journal of Political Economy* 60, Artikel 101810.
- Jong-A-Pin, R. (2009), »On the Measurement of Political Instability and its Impact on Economic Growth«, *European Journal of Political Economy* 25(1), 15–29.
- Li, R. P. Y. und W. R. Thompson (1975), »The »Coup Contagion« Hypothesis«, *Journal of Conflict Resolution* 19(1), 63–84.
- Miller, M. K., M. Joseph und D. Ohl (2018), »Are Coups Really Contagious? An Extreme Bounds Analysis of Political Diffusion«, *Journal of Conflict Resolution* 62(2), 410–441.
- Olson, M. (1982), *The Rise and Decline of Nations: Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, Yale University Press, New Haven, London.
- Sala-i-Martin, X. (1997), »Just Ran Two Million Regressions«, *The American Economic Review* 87(2), 178–183.
- Zolberg, A. (1968), »The Structure of Political Conflict in the New States of Tropical Africa«, *The American Political Science Review* 62(1), 70–87.